

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 169. Ratssitzung vom 3. April 2013**

### **3807. 2011/430**

#### **Postulat der SP-Fraktion vom 16.11.2011:**

#### **Einführung von benutzungsfreundlichen erweiterten Öffnungs- und Ansprechzeiten für Arbeitsstellen mit intensivem Kontakt zu Bevölkerung und Gewerbe**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Dr. Jean-Daniel Strub (SP)** begründet namens der SP-Fraktion das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 1982/2011): Zu einer guten Verwaltung gehören unter anderem Effizienz, Transparenz und Legitimität, aber auch Bürgernähe. Dazu gehört auch die Verfügbarkeit und Erreichbarkeit von Arbeitsstellen. Für die Bewohnerinnen und Bewohner, aber auch für Gewerbetreibende ist das besonders bei den Arbeitsstellen wichtig, zu denen intensiver Kontakt herrscht. Verfügbarkeit und Erreichbarkeit sollten unserer Meinung nach auch ausserhalb der regulären Arbeitszeiten gewährleistet sein. Bei mehreren Kreisbüros wurden die Öffnungszeiten bereits den veränderten Realitäten angepasst. Mit diesem Postulat wollen wir den Anstoss geben, dass die Öffnungszeiten solcher Arbeitsstellen auf diese Kriterien generell überprüft werden. Dabei soll zum Beispiel veränderten Arbeitszeiten, aber auch längeren Arbeitswegen Rechnung getragen werden. Es soll aber in Absprache mit den Personalverbänden arbeitnehmerinnen- und arbeitnehmerfreundlich geschehen. Auch müssen die Kosten von allfällig erweiterten Öffnungszeiten unter Kontrolle bleiben können. Deshalb sind wir auch mit dem Textänderungsantrag der GLP einverstanden.*

***Ruth Anhorn (SVP)** begründet den von Bruno Amacker (SVP) namens der SVP-Fraktion am 30. November 2011 gestellten Ablehnungsantrag: Die Forderung spricht wohl vor allem berufstätige Personen an. Wie bei den heutigen Ladenöffnungszeiten werden nun auch längere Öffnungszeiten bei verschiedenen Arbeitsstellen gewünscht. Durch die längeren Öffnungszeiten am Abend öffnen viele Läden vormittags erst um 9.00 oder 10.00 Uhr. Das passt nicht allen Leuten. Im Postulatstext heisst es denn auch, dass die erweiterten Öffnungszeiten den Quartierverhältnissen anzupassen sind. Hier ist es wie bei den Ladenöffnungszeiten: Leute, die zu Hause sind, müssen sich auf spätere Öffnungszeiten einstellen. Die meisten Arbeitsstellen haben aber bereits heute über Mittag geöffnet, das Kreisbüro 1 zum Beispiel ist zudem einmal pro Woche bis um 18.30 Uhr geöffnet. Berufstätige haben somit bereits genügend Möglichkeiten. Mit einigen Arbeitsstellen könnte man durchaus auch telefonisch oder per Mail in Kontakt treten und müsste nicht persönlich vorbeigehen. Die SVP ist der Meinung, dass die heutigen Öffnungszeiten durchaus genügen, und lehnt das Postulat ab.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** *Der Stadtrat ist bereit, das Anliegen zu prüfen. Die Kundinnen- und Kundenorientierung ist bei unseren Aktivitäten stets unser oberstes Ziel. Dementsprechend sind die Öffnungs- und Ansprechzeiten oft auf die spezifische Kundschaft der Amtsstellen ausgerichtet. Das Stadtbüro etwa ist von Montag bis Freitag von 8.00 bis 18.00 Uhr und auch am Samstagvormittag geöffnet. Eine weitere quantitative Ausdehnung der Öffnungszeiten ohne personelle Verstärkung ist nicht möglich. Soll eine Amtsstelle zum Beispiel einmal pro Woche ohne Personalaufstockung bis um 20.00 Uhr geöffnet sein, müsste sie im Gegenzug an einem Nachmittag geschlossen werden. Das wäre nicht im Sinne der Kundinnen und Kunden. Wir führen im Bevölkerungsamt regelmässig Befragungen durch. 97 % der Kundinnen und Kunden sind sehr zufrieden. Die zusätzlichen Öffnungszeiten am Samstag müssen allerdings noch besser bekannt gemacht werden. Für verschiedene Dienstleistungen wird es aber auch immer mehr Online-Angebote geben. Dem Stadtrat ist bewusst, dass sich die Gesellschaft, die Arbeitszeiten und somit die Bedürfnisse laufend verändern. Deshalb sind wir bereit, das Postulat entgegenzunehmen.*

Weitere Wortmeldungen:

**Roger Tognella (FDP):** *Viele Amtsstellen haben ihre Öffnungszeiten bereits der Nutzerfreundlichkeit angepasst. Unserer Meinung nach würde ein umfangreiches Vernehmlassungsverfahren zu weit führen. Alle involvierten Personalverbände müssten in die Gespräche mit einbezogen werden. Dies würde zu einer Verzögerung führen. Uns würde es genügen, wenn die Öffnungszeiten arbeitnehmerfreundlich ausgestaltet wären. Auf die Bedürfnisse der Arbeitnehmenden soll durchaus Rücksicht genommen werden. Doch dazu noch Vernehmlassungsverfahren zu veranlassen, ist nicht in unserem Sinn. Deshalb regt die FDP an, die Formulierung «in Absprache mit den Personalverbänden» zu streichen. So könnte der Vorstoss rasch in die Tat umgesetzt werden. Die Diskussion mit den Personalverbänden würde nicht ausgeschlossen, wäre aber nicht im Postulats-text enthalten. Die Textänderung der Grünliberalen würden wir ebenfalls gutheissen.*

**Martin Luchsinger (GLP)** stellt folgenden Textänderungsantrag: *Die Arbeitszeiten und gesellschaftlichen Bedürfnisse ändern sich. Einige, aber nicht alle Amtsgänge sind online lösbar. Hier muss man den Arbeitnehmern und auch den Arbeitgebern entgegenkommen. Die Leute müssen dann nicht extra frei nehmen, um auf das Amt zu gehen, sondern können dies ausserhalb der Arbeitszeiten tun. Die Arbeitszeiten sollen jedoch nicht so erweitert werden, dass zusätzliche Stellenwerte geschaffen werden müssen, sondern durch eine Verschiebung. Unsere Textänderung schlägt deshalb vor, anstatt «benutzungsfreundliche erweiterte Öffnungs- und Ansprechzeiten» die Formulierung «verschobene Öffnungs- und Ansprechzeiten» zu verwenden.*

**Dominique Feuillet (SP):** *Das Bedürfnis nach erweiterten Öffnungszeiten ist ausgewiesen. Wir wollen die Situation für die Bevölkerung verbessern. Die FDP möchte die Personalverbände nicht einbeziehen. Die Stadt hat ein sehr gutes Einvernehmen mit den Personalverbänden und so würde es wohl nicht zu einem langwierigen Vernehmlass-*

sungsverfahren kommen. Das Postulat würde für die Bevölkerung eine massive Verbesserung bedeuten.

**Roger Tognella (FDP):** Warum möchte die SP mehr Arbeitszeiten für die Angestellten der Arbeitsstellen? Warum möchte sie einen Kostentreiber aufbauen? Die Grünliberalen machen einen Korrekturvorschlag in die richtige Richtung. Bei den Personalverbänden ist es nicht klar, wer für Gespräche mit der Stadt zuständig ist und wer in welchem Departement der Ansprechpartner ist. Das muss jedes Mal neu geklärt werden. Die FDP kann einem Vernehmlassungsverfahren, das nur zu einer Verzögerung führt, nicht zustimmen. Die Benutzerfreundlichkeit wurde zudem schon bei zahlreichen Stellen verbessert.

**Samuel Dubno (GLP):** An die FDP: Es geht im Grunde nicht um arbeitnehmerfreundliche, sondern eher um arbeitgeberfreundliche Öffnungszeiten. Als Arbeitnehmer hat man heute das Recht, einen Behördengang während der Arbeitszeit zu erledigen. Wir schaffen hier die Möglichkeit, dass der Arbeitgeber auf die Öffnungszeiten neben den Arbeitszeiten verweisen kann und der Arbeitnehmer die Amtsgänge zu diesen Zeiten erledigen muss. Das sollte eigentlich im Interesse der FDP sein, auch wenn das Vernehmlassungsverfahren damit etwas länger dauert.

**Duri Beer (SP):** Eine Bemerkung zu den gesetzlichen Grundlagen beim Vernehmlassungsrecht bezüglich personeller Fragen: Im Personalrecht der Stadt ist ein Vernehmlassungsrecht definiert. Es sind die personellen und organisatorischen Fragestellungen, zu denen die Personalverbände in die Vernehmlassung einbezogen werden müssen. Das macht auch Sinn. Denn wenn man die Akzeptanz der direkt Betroffenen hat, also die der städtischen Angestellten, kann man in dieser Situation gewinnen. So kann man dem Postulat auch ohne den Textänderungsantrag zustimmen.

**Dr. Jean-Daniel Strub (SP)** ist mit der Textänderung einverstanden: Wir können mit dem Textänderungsantrag der GLP wie bereits erwähnt gut leben. Wird der Begriff «erweitert» durch «verschoben» ersetzt, ist das eine Klärung, keine Neu- oder Uminterpretation. Klärungen in politischen Vorstössen sind immer willkommen. Den Textänderungsantrag der FDP lehnen wir ab. Damit Kundinnen- und Kundenfreundlichkeit möglich ist, ist es essentiell, dass die längeren Arbeitszeiten, die wir den Angestellten zumuten, auch wirklich getragen werden von den Betroffenen. Die Absprache mit den Personalverbänden ist hier ein wesentliches und zentrales Mittel, auf das wir nicht verzichten wollen.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie darauf hingewirkt werden kann, dass Arbeitsstellen mit besonders intensivem Kontakt zu Bevölkerung und Gewerbe wenn möglich an mindestens einem Tag pro Woche benutzungsfreundliche ~~erweiterte~~ verschobene Öffnungs- und Ansprechzeiten gewährleisten. Diese sollen es der Bevölkerung ermöglichen, ausserhalb der üblichen Arbeitszeit die Dienstleistungen der entsprechenden Stellen in Anspruch zu nehmen. Die ausgeweiteten Öffnungszeiten sind in Absprache mit den Personalverbänden arbeitnehmerfreundlich auszugestalten und den Quartierverhältnissen anzupassen.



4 / 4

Das geänderte Postulat wird mit 79 gegen 39 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat